

Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 50 (1972-1973)

Heft: 6

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zürcher Student

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, der ETH Zürich und der Dolmetscherschule

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber
Redaktionsadresse: Rämistr. 66, 8001 Zürich, Tel. (01) 47 75 30

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich
Tel. (01) 47 34 00, Telex 55 235

Achtmal jährlich
Abonnementspreis (inklusive »konzept«): 1 Jahr Fr. 10.—
auf Postcheckkonto 80-35 596

Mensa für Menschen

In der letzten Nummer des »ZSK« berichteten wir vom Wohnen. In dieser geht es ums Essen, im Speziellen um die Mensa. Der untenstehende Bericht stützt sich auf noch nicht veröffentlichte Zahlen einer Repräsentativumfrage der Mensabetriebskommission über Vergleichen und die Mensaberatung der Studenten. Es zeigt sich, dass besonders die finanzschwachen Studierenden auf die Mensa angewiesen sind, ein Grund mehr, sich des Problems anzunehmen und nach immer neuen Möglichkeiten für eine soziale Preisgestaltung und eine menschliche Atmosphäre zu suchen. Professor Peyer, der den Rektor in der Mensakommission vertritt, hat in diesem Artikel Einblick genommen.

»Die Mensa ist zum Bersten voll! Studenten stehen Schlange! Wohin ich mich wohl setzen soll?« reimte ein unbekannter, aber unzufriedener Mensaeßer. Auch die Mensakommission war nicht untätig: sie versucht gegenwärtig, sich einen Reim aus einer Repräsentativumfrage zu machen, die zur Erhellung der Gefühlslage des wartenden Kommitteons an der 12-Uhr-Schlange dient.

Die Mensakommission hat allerdings beschlossen, den Bericht erst anlässlich einer Pressebesichtigung im Januar ganz zu veröffentlichen.

58% der sozialen Gruppe »Finanzschwache« Studenten essen häufig in der Mensa, während von den Wohlsituierten zwei Drittel »selten« an der universitären Essensabgabe teilnehmen. Allfällige Preiserhöhungen, besonders auf den Menüs, treffen denn auch vor allem die Finanzschwachen. Dennoch werden Preiserhöhungen wegen der starken Teuerung im Frühling 1973 kaum zu vermeiden sein. Sie sollen aber so niedrig und knapp kalkuliert wie nur irgend möglich gehalten werden. Die Wohlsituierten waren lange Zeit gehätschelte Esser, kam man doch erst im letzten Monat darauf, die A-lacarte-Menüs abzuschaffen, die für jeden einzelnen Besteller personalintensiv extra zubereitet wurden, während den Normalbesitzern aus den grossen Töpfen geschöpft wird.

Mischrechnung mit Desserts

Dennoch: die 3-Fr.-Menüs haben einen recht guten Ruf. Die grosse Mehrheit ist zufrieden mit Qualität und Quantität; auch die Preise betrachten die meisten (70%) als richtig oder tief. Das bezieht sich, wie gesagt, nur auf die Menüs und kann sich schon bald ändern, falls man die Praxis der Erhöhungen mit Beginn des Sommersemesters beizubehalten gedenkt. Wer sich hingegen ein Dessert oder Gebäck leistet, muss recht tief in die Tasche greifen, denn mit den Preisen dieser Luxus-speisen werden die Menüs mittels Mischrechnung tiefer gehalten. Gratis sind nur Wasser und Brot; pro Tag werden über 1000 Gläser frisch ab Wasserleitung ausgegeben.

Interessant ist, dass nicht einmal die Hälfte der Mensabesucher von den verbilligten Bons Gebrauch macht. Auch hier wollen die Finanzstarken besonders unabhängig sein vom blauen Block.

Im Schnitt profitieren heute mittäglich 2700 Leute von den Leistungen des Frauenvereins. Die beiden Mensen sind aber nur für 1700 Personen konzipiert. Die Kapazität genügt noch knapp, würden nur Uni- und ETH-Studenten die Mensa benützen. Die Anziehungskraft ist aber derart, dass Kantonschüler, Angehörige des Oberseminars und der kantonalen Maturitätsschule an der Uni essen. Zum einen sind die Preise in der Räumhüll-Mensa gleich wie an der Uni, aber es herrscht dort ein generelles Rauchverbot. Deshalb ziehen es die Gymnasiasten vor, dort ihr Mittagessen einzunehmen, wo man für die Zigarette danach am Tisch sitzen bleiben kann. Zum andern schwankt die Besucherfrequenz in der Kanti-Mensa viel stärker, und so kann nicht rationell geplant und gekocht werden, weshalb sich ein beträchtliches Defizit ergibt. Dagegen erzielt die Uni-Mensa einen kleinen Vorschlag. Auf Initiative der Mensabetriebskommission hin sind aber wenigstens kleine Lösungen in Sicht. So soll versucht werden, Erfrischungsräume, wie den an der Freiestrasse für Juristen und Mathematiker, auf umfangreicheren Mittagbetrieb einzurichten.

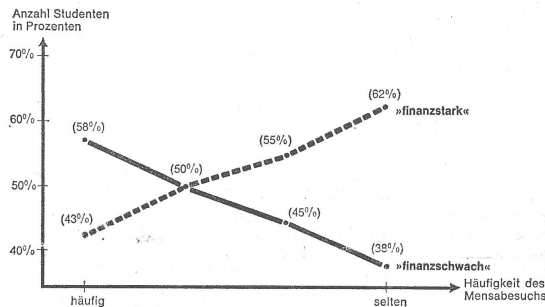
Schwarzhandel

Vorläufig jedoch blüht der Schwarzhandel mit den Mensabons. Gymnasiasten und andere erhalten von Freunden mit Uni- oder ETH-Legi die Menüscheine. Man könnte Kontrollen einführen, aber erstens will niemand einen Polizeistaat und zweitens keiner Polizist spielen. Soll man deshalb in Zukunft nicht die Bons abschaffen und einen für alle gleichen bar bezahlten Mittelpreis einführen? Er würde zwischen dem jetzigen Bonpreis und dem jetzigen Barpreis liegen. Die ETH-Mensa praktiziert dieses System des bar bezahlten Einheitspreises seit zwei Jahren mit Erfolg. Ein weiteres Problem für die Mensaverantwortlichen bildet des Schweizer liebste Gewohnheit, um zehn nach zwölf vor dampfer Suppe zu sitzen. So bildeten Essenhöler auch in den letzten Wochen Schlangen, die von den älteren Semester als die längsten in der Mensageschichte geschiedt werden. Bei Beginn des Wintersemesters ist die Lage deshalb besonders prekär, weil auf einen Rutsch neue Studenten hinzukommen und die alten fließend abwandern. Dazu kommt, dass die Neumatrikulierten doppelt so häufige Kunden sind als ihre mehrsemestrigen Kollegen. An-

dere Beschwerden gibt es kaum: lange Wartezeiten nimmt man auf sich und während in andern Ländern »organic food« Furor macht, schaufeln Schweizer Studenten Berge von Nudeln und Voressen Qualität II in sich hinein. Ernährungswissenschaftliche Gesichtspunkte zählen wenig, solange die für »Geistesarbeiter« erforderliche Kalorienzahl garantiert ist. Den von Schlankheitsproblemen Geplagten präsentiert man Salateller, deren Vitamingehalt nach stundenlangem Herumstehen gleich Null sein dürfte. Ein weites Feld, das Professor Dr. H. Somogyi vom Institut für Ernährungswissenschaft bearbeitet hat; über die Ergebnisse dieser Untersuchung ist allerdings noch nichts bekannt.

Was man verbessern könnte

Blieben wir auf dem Boden des Bekannten. Lösungsmöglichkeiten für die räumlichen und preislichen Engpässe



Die Liebe geht durch den Magen...

Journalistisches Seminar: Demokratie auf Abruf

Am Journalistischen Seminar (JS) der Universität sind die Studenten aus dem Seminarrat zurückgetreten. Gleichzeitig hat das Studentenparlament einstimmig seine Auflösung beschlossen und will vor Neuwahlen der Studentenvertreter erst in einer studentischen Vollversammlung über die zukünftige Form der Interessenvertretung der Studenten am Seminar entscheiden lassen.

Die Satzung am JS gilt als fortschrittlich, denn sie sieht drittelparitätische Zusammensetzung, allgemeine Mitbestimmung und eine kollektive Geschäftsleitung (1 Doz., 1 Ass., 1 Stud.) vor, und sie wurde auf einer Seminarvollversammlung mit den Stimmen der Dozenten angenommen. Aber es erwies sich, »dass nicht die Buchstaben der Satzung entscheidend sind, sondern der Geist, der sie belebt« (so jedenfalls Prof. Padрут), um so mehr, als der Satzung im alten Universitätsreglement noch die gesetzliche Absicherung fehlt. Aber der nötige Geist, die Kooperationsbereitschaft der Dozenten, schwand schon im ersten Semester, und die Satzung wurde zum toten Buchstaben degradiert.

Die kollektive Geschäftsleitung tagte nur einmal während des Semesters und einmal während der Ferien. So wurden den Studenten wichtige Informationen vorenthalten.

Bei der ersten entscheidenden Diskussion um einen Forschungsauftrag meldete sich auch prompt der »Geist der Satzung« mit dem Hinweis, dass natürlich die Dozenten die Verantwortung tragen und Beschlüsse des Seminarrats nicht bindend, sondern nur konsultativ seien.

Anhand eines Organigramms wurden vom Seminarrat die Arbeitsgebiete für alle Stellen am Seminar festgelegt (vor allem die Abgrenzung von administrativer und wissenschaftlicher Tätigkeit), und insbesondere dem neu zu wählenden Assistenten wurde als Hauptaufgabe die wissenschaftliche Betreuung

des gegenwärtigen Mensabetriebs bieten sich unter anderem folgende an:

– Der bar bezahlte Einheitspreis würde den Bon-Schwarzhandel beseitigen und den Betrieb beschleunigen.

– Eine soziale Preisgestaltung ist für Mittelschüler und Studenten stets anzustreben.

– Der Buffet-Betrieb ist anders zu organisieren; für ein Birchemüesli muss man ja nicht zwingend am Salat vorbeigehen.

– Verschiedene Anstehmöglichkeiten sollten deshalb geschaffen werden. Leider erlauben die baulichen Verhältnisse nur begrenzte Änderungen.

– die Kassen sollten besser postiert werden. Es sollte geprüft werden, ob nach dem Essen bezahlt werden kann, wie das an verschiedenen Orten gehandhabt wird, um lange Wartezeiten zu vermeiden.

– Es sollte nicht versucht werden, immer mehr Leute in immer kürzerer Zeit durch den Essensprozess zu schleusen. Wohlbefinden – etwa bei einer Zigarette oder einem Kaffeesprache – gehört ebenso zur Erholung wie ein gutes Essen.

Die Proportionen wahren!

»Politmanipulationen«, »Suspekte Mächtschancen links extremer Studentenfunktionäre an der Universität Zürich« – das stand in letzter Zeit da und dort zu lesen. Etwas spät, aber endlich doch noch haben die verhassten Gegner des letztjährigen »Kleinen Studentenrats« der unliebsamen Studentenezekutive einen Pferdefuss in Form einer nicht über alle Kritik erhabenen Rechnungsführung gefunden, mit der gleich auch die »verschmähte Politik jener »Poligegegn« diskreditiert werden kann. Womit selbige Kreise bei dem erlösenden »id erat demonstrandum« angelangt wären.

Während nun andere emotionsgeladene (Polit-)Trommel röhren, widmet der »Zürcher student« dieser Angelegenheit keine Zeile. Dazu sind wir unseren Lesern eine Erklärung schuldig.

Einen Stein des Anstosses der ganzen Angelegenheit bildet ein »Abschiedessen«, das im Februar die damaligen Uni-Studentenfunktionäre in der »Mächtschicht« Wädenswil zu sich nahmen und das die stattliche Summe von 672 Franken kostete. Freilich, schon früher »verfrassen« auch nicht-marxistische Studentenfunktionäre recht ansehnliche Summen, ja man schickte sogar – mehr auf Repräsentation als auf die Vertretung studentischer Interessen erzieht – ganze Delegationen an Studentenbälle im Ausland. Das ändert aber nichts daran, dass ein solcher Missbrauch von studentischen Geldern aus schärfste zu verurteilen ist. Dies muss klipp und klar gesagt werden.

Damit besteht aber noch kein Anlass, den Bericht der studentischen Untersuchungskommission an den Grossen Studentenrat (GSR) zu veröffentlichen, bevor sich der Rat, der übrigens öffentlich tagt, damit befasst hat. Und noch weniger, wie das leider einigen unruhigen Journalisten passiert ist, alle die zahlreichen im Bericht geäußerten Vermutungen zu sicheren Tatsachen zu machen und gleich sämtliche Namen zu veröffentlichen, auch wenn es sich dabei um unbeteiligte Drittpersonen, wie etwa Benutzer der Darlehenskasse der Studentenschaft, handelt.

Am Tag bevor die zitierten Bemerkungen erschienen (!), beschloss der GSR, eine unabhängige Stelle mit der nochmaligen Untersuchung der Buchhaltung der Studentenschaft vom letzten Wintersemester zu beauftragen. Nach Absprache mit dem KSR wird diese Stelle die noch ausstehenden Schulden von Debitoren einbringen, soweit sich dies noch sinnvollerweise bewerkstelligen lässt. Für das anfangs erwähnte Essen wird der letztjährige KSR 400 Franken zurückzuerstatten haben. In drei Wochen wird das Ergebnis der Untersuchung vorliegen.

Bis dahin schliessen wir das Kapitel. Und hoffen, dass es sich bald erledigen wird, denn die Studentenschaft hat sich wirklich wichtigeren Problemen zuzuwenden. Auch das muss gesagt werden.

Pierre Freimüller

wurde, musste hinter den Zielen der Dozenten zurückstehen.

Wenn aber Demokratie nur auf Nebenrisikofaktoren beschränkt bleiben soll, dient studentische Teilnahme in solchen Organen objektiv nur der Verschleierung und Legitimierung traditionell feudaler Verhältnisse. Daraus haben die Studentenvertreter ihre Konsequenzen gezogen.

Toni Holenweger/Walter von Büren

In dieser Nummer

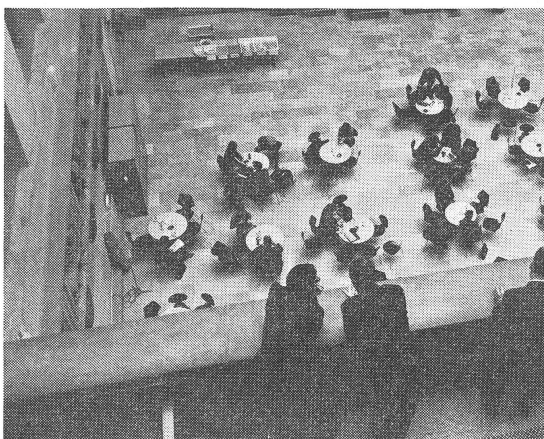
Seite 2: Verzögerung beim Strickhof

Seite 3: Berufungsstopp-Story

Seite 5: Der GSR zum Unigesetz

Hinweis: Die Fortsetzung des interessanten Artikels »Sind alle Menschen gleich geschaffen« müssen wir verschieben.

Redaktionsschluss: 20. Dezember



... und der Magen nach dem Portemonnaie.

Verzögerung auf dem Strickhof

Untätigkeit im Hochschulquartier

Die bauliche Entwicklung der Universität ist auf einem Tiefstand angelangt. Mittelungen des Baukoordinators...

Der Zeitpunkt für die Fertigstellung der ersten Etappe der Uni-Erweiterung auf dem Strickhof ist still und leise, wie wenn es etwas Selbstverständliches wäre...

Kollaps unvermeidlich

Der Grund für die Verschleppung der ersten Etappe kann nicht in einem Hin-

ausschieben des Baubeginns liegen, obwohl sich der Auszug der Landwirtschaftlichen Schule aus dem Strickhof-areal verzögert...

Seltene Prioritäten

Auf lange Sicht und in einer Gesamtschau des universitären Wachstumsproblems wohl noch viel gravierender ist die sang- und klanglose Beerdigung aller grossen Projekte im Hochschulquartier...

noch als selbstverständliche Ergänzung zum Strickhof hingestellt worden ist. Der Strickhof wird wenigstens irgendwann einmal gebaut...

Angesichts der Finanzknappheit hat der Regierungsrat eine »Prioritätsordnung für staatliche Bauten« aufgestellt. Das ist eine sinnvolle Massnahme...

Universitätsbauten

- Freigegeben: Teilverlegung auf Strickhof, Botanischer Garten und bot. Institute, Zollikerstrasse... Auf Warteliste: Institutgebäude Haldeliweg, 2. Etappe... Gesperrt: Altes Hochschulquartier, Erweiterung...

gorien eingeteilt: freigegebene, Warteliste, gesperrte. Die dabei angewandten Kriterien zeugen eher von ratloser Anpassung...

Freigegeben z. B. ist, was bereits begonnen wurde oder in der Vorbereitung so weit gediehen ist, dass eine Verzögerung Mehrkosten bedeuten würde...

Stipendienkürzung

Es wird in Zukunft - ab Frühjahr 1973 - bei der Inrechnungstellung der Eigenverdienste der Stipendiaten nicht wie fälschlicherweise im letzten Jahr angegeben vom Reineinkommen...

Was bedeutet dies im Gegensatz zur bisherigen Regelung? Bisher wurde ausgegangen vom steuerbaren Einkommen, d.h. Reineinkommen abzüglich steuerfreier Beträge...

Die Neufassung des Reglements mit detaillierten Angaben ist im Druck und wird nächstens bezogen werden können.

Advertisement for 'Zehnfinger System' (Ten Fingers System) for blind typewriting. Includes text: 'jedermann kann blind maschinenschreiben lernen... in nur 14 Stunden!' and contact info for SIGHT+SOUND EDUCATION SWITZERLAND AG.

Advertisement for 'Evangelische Buchhandlung Zürich'. Text: 'Für das Studium der Theologie lohnt sich ein Gang in den Glockenhof immer!' and 'Die evangelische Theologie gehört zu unserem speziellen Interessengebiet.'

Advertisement for 'MAGI'S JEANS SHOP'. Text: 'Jeans à gogo... Elegante, modische Flanellhosen, Jacken, Pullis, Accessoires. Spezialpreise gegen Legi.'

Advertisement for 'Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften'. Text: 'Ansprechende Auswahl günstige Preise finden Studenten in unseren Gastbetrieben' with a list of establishments.

Advertisement for 'Medizin und Psychologie'. Text: 'Individuelle Bedienung und Beratung.' Includes logo and contact info for BUCHHANDLUNG RAUNHARDT.

Advertisement for 'Französische Betten'. Text: 'in allen Massen und Qualitäten, komplett mit Matratze, schon ab Fr. 159.-' Includes image of a bed and contact info for P. & R. WEILL.

Advertisement for 'Wer nicht sehen will dem hilft keine Brille'. Text: 'Dipl. Optiker, Zürich 1. Limmatquai 94. Rudolf-Mosse-Haus. Eingang Mühlegasse. Tel. 47 78 99.'

Advertisement for 'GESCHENK KATALOG' and 'BAUMGARTNER'. Text: 'Wir haben für Sie einen 16seitigen farbigen Geschenk-Katalog...' and 'Schaffhauserstrasse 14 8042 Zürich 6. Tel. 01 26 47 70.'

Advertisement for 'Die Notation der polyphonen Musik'. Text: 'Willi Apel, 900-1600 Seiten, Leinen, mit vielen Noten, Fr. 51.50. Breitkopf & Härtel, Musikverlag, Leipzig.'

Zum letzten Mal: KfE-Untersuchung

Der GStR wähle in einer seiner letzten Sitzungen die neuen Mitglieder in die Kommission für Entwicklungshilfe (KfE). Das die Arbeit der alten KfE nicht nur bei Studenten, sondern auch bei den Behörden einigen Staub aufgewirbelt hat, veröffentlichen wir im folgenden den Bericht der Untersuchungskommission und eine Kritik an der UK, geschrieben vom Initiator der Untersuchungen, Alfred Borters. Die Kürzungen der Redaktion sind von A. Borters autorisiert worden.

Untersuchungsbericht

»Die KfE hat sich zu einem Agitationsfeld von linksextremen Kräften entwickelt mit Zielen, die einer Entwicklungshilfe fern liegen.«

Es konnte keine direkte Verbindung mit linksextremen Organisationen festgestellt werden. Wohl jedoch sind Mitglieder der KfE an Tagungen, Sitzungen mit Mitgliedern anderer in der Entwicklungshilfe tätiger Organisationen zusammengekommen.

»Reglementsverletzung durch Informationsstätigkeit und Vernachlässigung der Projekthilfe«

Das alte Reglement enthält in der Formulierung des Zweckartikels schon die Möglichkeit, auch anders als durch Projekthilfe zu wirken. Seit SS 77 wurden keine Projekte mehr unterstützt. Da aber ein neues Statut in Aussicht stand, konnte die KfE gar keine langfristige Arbeit unternehmen.

Eine persönliche Haftbarmachung der Mitglieder der KfE scheint uns in hohem Masse widersinnig. Wir sind der Meinung, die KfE sei ohne Vorbehalte zu déchargieren.

Subjektiv liegt kein Verschulden der KfE-Mitglieder an eventuellen Reglementsverletzungen vor; sie handeln im Sinne der GStR-Beschlüsse; objektiv d.h. formaljuristisch könnte man mit viel Mühe und unter Strapazierung des gesunden Menschenverstandes möglicherweise eine Anschuldigung konstruieren, doch ohne grosse Erfolgsaussichten.

Verletzung von Gesetzen durch die Übertragung des KfE-Fonds beim Versuch, einen Verein KfE zu etablieren:

— Ob eine Veränderung der Zweckbestimmung vorgelegen hat, hängt davon ab, was man unter »Entwicklungshilfe« versteht.

— Eine Würdigung aller rechtlichen Aspekte hinsichtlich dieser Übertragung war uns nicht möglich. Hingegen scheint uns, dass vor allem die Frage hätte diskutiert werden müssen, ob Gelder, die auf die Kasse der Studentenschaft einbezahlt wurden, einer Institution übergeben werden können, welche auch von ausserstudentischen Gremien geleitet und verwaltet wird.

Allerdings fand die Umwandlung in einen Verein gar nicht statt.

Verletzung der Beschränkung der offiziellen Studentenschaft auf das spez. Stud. polit. Mandat:

— Antrag Thomas Held, 24. 10. 70:

1. Die Umwandlung der KfE in einen Verein ist in die Wege zu leiten.

2. Der GStR ist sich bewusst, dass der Beitritt zu diesem Verein ein polit. Mandat impliziert (mit 39:9 Stimmen angenommen).

Es hängt nach unserer Auffassung vom GStR ab, ob Entwicklungshilfe im spez. studentischen Interesse liegt. Immerhin ist es problematischer — im Hinblick auf dieses Verbot —, Projekthilfe zu leisten, als im wesentlichen universitätsinterne Information zu leisten.

Nach Ausschussfassung des Senatsausschusses fällt Entwicklungshilfe nicht unter das Verbot des politischen Mandats.

Kritik am Untersuchungsbericht

Der Untersuchungsbericht der Kommission, welche sich — auf meinen Vorschlag hin mit GStR eingesetzt — mit meinen Klagen über die Tätigkeit der (ehemaligen) KfE auseinandergesetzt hat, läuft auf eine Rehabilitierung der KfE heraus. Dieses Resultat konnte m. E. nur dadurch entstehen, dass die Kommission zu wenig genau und leider auch nicht vorurteillos meine Vorwürfe auf ihre Berechtigung hin untersucht hat. So wurde z. B. bekannt, dass Akten von drei Semestern von der KfE nicht vorgelegt werden konnten.

Die UK vermied es, eine direkte Verbindung mit linksextremen Organisationen feststellen können. Der Beweis für meine Behauptung ist aber zu erbringen: Erstens haben die Mitglieder der alten KfE nie ihre politische Einstellung verneint, und zweitens ist die intensive und initiativ Arbeit innerhalb der »Schweiz. Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik« (SAFEP) und

Die Krise des GStR dürfte so alt sein wie die Institution selbst. Reformiert wurde oft, jedoch legte man den Finger auf die AGO, in der Meinung, die Institution als solche müsse verbessert werden. An der Entwicklung der letzten Zeit lässt sich aber aufzeigen, dass nicht so sehr die Institution — das Abstrakte — in den Vordergrund einer Reform gerückt werden sollte, sondern dass vielmehr der Mikrokosmos des Rates genauer betrachtet werden sollte.

Hochschuldidaktik

Beim Ueberlegen des Vorgehens stösst man sehr bald auf überraschende Ähnlichkeiten mit den Problemen der Hochschuldidaktik. Dort scheiterten viele Versuche mit modernen Lehr- und Lernformen, Gruppenarbeit und Tutorien waren wegen der erheblich erhöhten Arbeitsanforderungen allgemein nicht erfolgreich. Der Übergang des Studenten vom Wissenskonsumenten zum Wissensproduzenten liess sich beim auf Prüfungen fixierten Lernenden nur schwer verwirklichen.

Doch nicht einmal hier lässt sich ein Interessenstrom glaubwürdig darstellen. Die neueste Umfrage unter den Juristen zeigt, dass die Lerninteressen des einzelnen divergieren, ja sich in vielen Fällen sogar ausschliessen schienen.

Analogie

Übertragen auf den GStR heisst das: Versuche, mit andern Mitteln als der reinen Ratsstätigkeit zu arbeiten, scheiterten dort, wo hohe Arbeitsanforderungen — beim Unigesetz Informationsbeschaffung und -verarbeitung — gestellt werden. Das Seminar war eher schlecht besucht, und die Hauptarbeit lag doch beim KStR. Das ist ein Parallela.

Einen weiteren Versuch, der das Gegenteil nur zu beweisen scheint, in dem aber in Wirklichkeit der Ansatzpunkt zur Reform gesehen werden muss, bilden die beiden Untersuchungskommissionen des letzten Semesters. (Sie sind schon deshalb problematisch, weil die Studentenschaft nicht durchstrukturiert ist und sich positive Ergebnisse kaum prozessual umsetzen lassen. Dies

Schlussfolgerungen

Alfred Borters Vorwürfe sind im grossen und ganzen zurückzuweisen. Bestehen bleibt der Vorwurf, dass die KfE ihn mangelhaft informierte, was vielleicht menschlich verständlich, juristisch jedoch unzulässig ist. Weiter ist festzustellen, dass die KfE vom SS 70 bis und mit WS 71/72 nie genau gewusst hat, welche Bestimmungen eigentlich für sie gelten. Unsauberkeiten, vor allem juristischer Art, sind allerdings vorgekommen beim Versuch, den Verein KfE zu etablieren. Dem Problem, einen Fonds zu übertragen, wurde nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt, und als A. Borters die Übertragung durch einen Rekurs anfocht, musste das Projekt fallengelassen werden.

Wäre dieses Projekt mit der nötigen Gründlichkeit angegangen worden, hätte man sich viel Verwirrung erspart.

Thomas Fehlmann
UK-KfE-Präsident

dass es der UK nicht möglich war, auf die rechtlichen Aspekte der verschiedenen Reglemente einzugehen.

Die Auffassung der UK, der GStR könne in eigener Kompetenz entscheiden, was im studentischen Interesse liege, ist nicht richtig. Wie die Behörden verschiedentlich festgehalten haben, ist auch der GStR an rechtliche Bestimmungen gebunden. Ebenso unhalbtal ist das Argument, Aufklärung an der Uni sei weniger politisch als Projekthilfe. Gerade im folgenden Satz des Berichts heisst es ja, der Senatsausschuss habe das Gegenteil festgestellt. Ausserdem hat sich die Aufklärung der alten KfE keineswegs auf die

Die Geschichte vom Berufungsstopp

Dieses Jahr hat, was die Entwicklung des Lehrkörpers betrifft, für die Universität im Zeichen einer aussergewöhnlichen Massnahme gestanden, des von der Erziehungsdirektion verfügten »Berufungs- und Beförderungstopps«. Die Informationen flossen, wie in solchen Dingen üblich, nur sehr spärlich. »Wie erst dieser Tage bekannt wurde, können an der Universität Zürich seit dem 23. Februar dieses Jahres keine neuen Dozenten berufen und keine neuen Lehrstellen mehr geschaffen werden.«, hiess es in einem Zeitungsbericht — Mitte Juni! Erst eine Interpellation der Kantonsrätin und Phil.-I-Studentin Monika Weber brachte Erziehungsdirektor Gilgen post festum zum Sprechen. So ist es endlich möglich, die Vorgänge einigermaßen genau zu schildern, was sich um der Sache selbst wie um ihrer exemplarischen Bedeutung willen aufdrängt. (Alle Zitate sind Ausschnitte aus der Interpellationsantwort in der Kantonsratsitzung vom 13. November nach der Wiedergabe in der NZZ Nr. 532 vom 14. November.)

Planungsmisere

Anlass zum Stopp war das Fehlen jeder Planung in der Schaffung von Dozentenstellen, das manifest wurde, als der Regierungsrat mit dem Hinweis auf die knappen Finanzen etwa seit Beginn dieses Jahres nicht mehr fast vorbehaltlos — wie zu Königs Zeiten — alle Gesuche der Universität bewilligte. »Angesichts der Anzahl und des Gewichts der eingehenden Wahl- und Beförderungsanträge auf der einen, der veränderten Finanzlage des Kantons auf der anderen Seite erschien es der Erziehungsdirektion jedoch notwendig, ohne Verzög zu einem Ueberblick über die Ausbaupläne der Fakultäten zu gelangen. Im Sinne einer vorläufigen Massnahme leitete sie daher mit Schreiben an das Rektorat vom 1. Februar 1972 eine Umfrage über die Vermehrung des Lehrkörpers und die Schaffung neuer Seminare und Institute ein. Es ging dabei insbesondere darum, von den Fakultäten Auf-

Man sieht: die Interessen am GStR divergieren und schliessen sich in einigen Fällen aus.

Dieses Bild wird aber beträchtlich verfälscht durch eine finanzstarke und auch mächtige Gruppe: durch den Studenten-Ring. Seine Tätigkeit mit Fraktionsarbeit, Interpellationen (die nie behandelt werden) und Machteinflüssen auf den KStR gibt der studentischen Legislative immer noch den Anschein von Effizienz. Diese Gruppe hat sich wirkungsvoll im Kampf gegen alles Linke erwiesen, wer heute ambitiös ist in der Studentenpolitik, muss an der Thür jener Gruppe Klinken putzen. Schwerpunkt der Arbeit des Studenten-Rings — von interessierten Kreisen mit horrenden Summen unterstützt, Semesterumsatz etwa 10 000 Franken — liegt immer noch im Kampf gegen eine »politische Richtung«, die »ihre Ziele mit Hilfe einer Sozialphilosophie zu erreichen sucht«. Die Landschaft hat sich inzwischen etwas gewandelt, und auch der Studenten-Ring hatte gelegentlich schon Mühe, Angriffe abzuwehren, die von allzuweit »rechts« kamen...

Grund dafür, dass ein Umdenken in dieser Gruppe noch stattgefunden hat, dürfte wahrscheinlich in der gerade durch fantastischen Heterogenität ihres Fussvolks liegen, unter das nicht grundsätzliche Gedanken gemischt werden sollen, »zum Wohl des Ganzen«.

Eines lässt sich aber doch feststellen: Der GStR wäre heute um ein schönes Stück weiter, wenn nicht die Scherbenhaufenpolitik, das genussliche Abrechnen mit KStR 70/71 und KfE einen guten Teil der konstruktiven Ratsarbeit sabotiert hätten, was zu gelegentlichen Verzweiflungsgedanken (etwa bei der Unigesetzbehandlung eine Viertelstunde vor Time) von seiten des KStR geführt hätte. Hier sieht man auch, wo die wirklichen Verlierer dieser Politik — neben dem Basisstudenten — sind: der KStR wird zu einem immer mächtigeren und in sich geschlossenen Organ, das Impulse nur noch aus sich selbst empfängt und Grundsätzliches selbst zu erarbeiten hat.

Die Diskussion ist mit diesen lose vorgebrachten Halbwahrheiten einfach. Reform oder Aufgabe des GStR? Thomas G. Rüst

Unbeschränkt. Und wer kann z. B. bei den rechtlichen Aspekten der verschiedenen Reglemente einzugehen? Die Auffassung der UK, der GStR könne in eigener Kompetenz entscheiden, was im studentischen Interesse liege, ist nicht richtig. Wie die Behörden verschiedentlich festgehalten haben, ist auch der GStR an rechtliche Bestimmungen gebunden. Ebenso unhalbtal ist das Argument, Aufklärung an der Uni sei weniger politisch als Projekthilfe. Gerade im folgenden Satz des Berichts heisst es ja, der Senatsausschuss habe das Gegenteil festgestellt. Ausserdem hat sich die Aufklärung der alten KfE keineswegs auf die

Schlussfolgerung:

Der Untersuchungsbericht sanktioniert Verhalten und Tätigkeit der alten KfE, wobei zu Ausreden, Halbwahrheiten und Unwahrheiten Zuflicht genommen wird. Einige Belege dafür glaube ich mit dieser Kritik gegeben zu haben. Infolge Platzmangels habe ich mich hier kurz fassen müssen, ein ausführlicher Gegenbericht ist dem Protokoll der GStR-Sitzung vom 9. November beigelegt worden. Alfred Borters



Notstand in der Kita

Die Warteliste für Plätze in der Kindertagesstätte (Kita) der Studentenschaft wird immer länger. Mehr als 30 Studentenehepaare warten auf die Möglichkeit, ihr Kind einer Institution anzuvertrauen, wo sie trotz Berufs- oder Studientätigkeit auf die Erziehung ihres Kindes Einfluss nehmen können und wo das Kind in einer möglichst repressionsfreien Atmosphäre Raum zur Entfaltung findet. »In ohnmächtiger Not« angesichts der finanziellen Probleme — die Zürcher Regierung versagte bislang eine Unterstützung — fordert der Delegierte der Studentenschaft für die Kita in seinem Bericht alle Studenten oder Privaten auf, mit Kita oder KStR Kontakt aufzunehmen, wenn sie Lösungsmöglichkeiten sehen.

Am 15. März 1972 reichte die Studentenschaft ein Subventionsgesuch an die Zürcher Regierung ein mit der Bitte um Geld für den Ausbau der Kindertagesstätte. Die offizielle Antwort blieb lange aus und fiel schliesslich negativ aus. Die Verweigerung eines Beitrags ist sachlich um so unverständlicher, als die gleiche Regierung an die Studentinnen-Kindertagesstätte der Akademikerinnen — getragen von einer Genossenschaft — Beiträge ausrichtet, obsondern dieser Kindergarten schon Beiträge der Stadt erhält.

Gegenwärtig betreuen drei Kindergärtnerinnen 15 Kinder; die Eltern helfen aktiv mit, sei es mit Putzen oder Kochen oder in der Diskussion von pädagogischen und kinderpsychologischen Fragen. Alle zwei Wochen finden Versammlungen statt, spezifische Probleme werden in kleinen Gruppen besprochen.

Scheint die innere Situation für Kinder, Eltern und Verantwortliche beinahe optimal gelöst — es gelang in nur 1½ Jahren ein einzigartiges Erziehungsmodell zu verwirklichen —, so ist die äussere Lage um so schlimmer. Es ist angebracht, in diesem Zusammenhang von einem eigentlichen Notstand zu sprechen. Da sind einmal die beinahe ruinierten Beiträge — im Schnitt ca. 270 Fr. pro Monat —, die die Eltern zu leisten haben, weil es keine Subventionen gibt. Ist kein Elternteil befürstigt, müssen solche Beträge die finanziellen Möglichkeiten eines Studentendebüts bei weitem überschreiten.

Man suchte deshalb nach Lösungen und führte eine soziale Preisgestaltung ein, um extreme Härten zu mildern. So zahlen befürstigte Eltern bis zu 400 Fr. für ihren »Knopf«, während Studierende ohne Erwerbsmöglichkeit 100 Fr. oder mehr leisten.

In dieser Lage zwischen governmentaler Borntheit und offensichtlicher Not von Studentenehepaaren schien es dem Delegierten, Bernd Dieter Niebuhr, sarkastisch, nur schon vom Prinzip Hoffnung in dieser Sache zu sprechen: »In ihrer völlig beschissenen Lage drohen die Eltern, ihr Kind in die Vorlesungen und Seminare mitzunehmen, wenn es keine andern Möglichkeiten gibt.« Th. G. R.

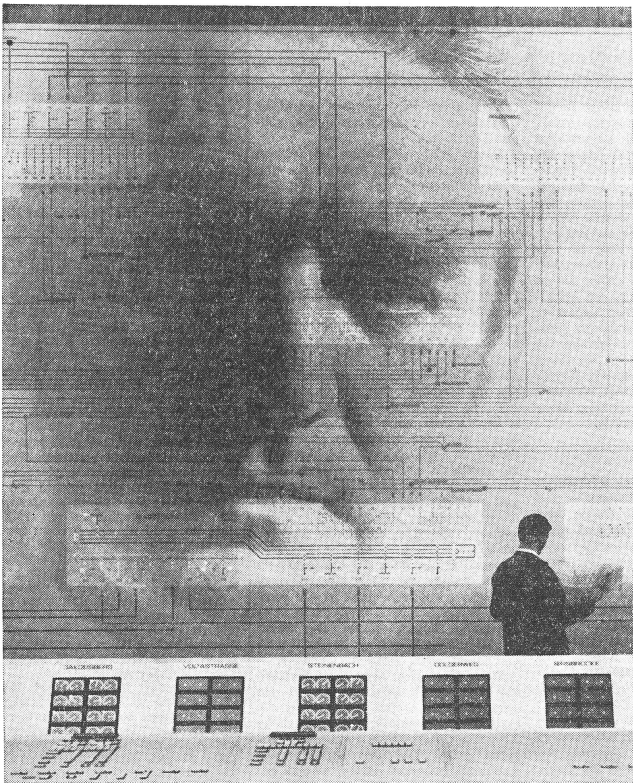
Wettkampf der Egoisten

Die Fakultäten hatten für ihre Antworten Zeit bis zum 15. Mai. Die Auswertung brachte in den meisten Fällen

Fortsetzung Seite 5

Haare lassen...
10-15% Studenten-Rabatt bei

**COIFFURE-SALON
DEPPELER**
Universitätsring 9, 8006 Zürich



Der Mensch im Mittelpunkt

Bei jeder Entwicklung, und sei sie noch so stürmisch, bildet der Mensch den Mittelpunkt. Das gilt auch auf den Gebieten der Forschung und Technik, und wir sind stolz darauf, jederzeit Mensch zu sein und Mensch zu bleiben.

Sprecher + Schuh AG Aarau
Niederspannung, Hochspannung, Schaltanlagen und Steuerungen

DR 579

S&S

Zum guten Essen

Tellerservice und Spezialitäten, indische, chinesische, japanische und indonesische Speisen. Fondues mit Käse und Fleisch.

Studentenkarte (auf 12 Essen ein Essen gratis) **All-in-Menus** (Getränk -70, Kaffee -70).

aschinger

Biber + Wellenberg

Die von Studenten bevorzugten Spezialitätenrestaurants am Hirschenplatz (bei der Zentralbibliothek), 100 Schritte vom Limmatquai («Wellenberg» am Abend mit Pianist).

Jeden Freitag:

Treffpunkt der Wähenliebhaber (eigene Konditorei)

Ihre Zeitung
Ihr Café
Ihr Arzt
...aber auch
Ihr Buchhändler

In unserer Buchhandlung finden Sie ein reichhaltiges Sortiment, auch beraten wir Sie gerne mit unserem persönlichen Weihnachtskatalog »250 neue Bücher aus vielen Hunderten von uns ausgewählt, gelesen und diskutiert«. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Buchhandlung zum Elsässer

Arnold & Stamm AG, Limmatquai 18,
Telefon (01) 47 08 47 / 32 16 12

f

freihof ag

Buchhandlung für Wissenschaft und Technik

Universitätsstrasse 11
8006 Zürich
Telefon 47 08 33 / 32 24 07

Wir bedienen Sie jetzt auf zwei Etagen.

Fachbuchhandlung für Naturwissenschaft und Technik

Wir führen ein grosses Lager an

englischen und amerikanischen Büchern

Zum Semesterbeginn

Gratisabgabe

von

Studienkatalogen

Freihof AG

Buchhandlung für Wissenschaft und Technik
8006 Zürich, **Universitätsstr. 11**
Telefon 47 08 33/32 24 07

Seit 5 Jahren
10% Studentenrabatt

Boutique Livia
am Kreuzplatz
Forchstrasse 16, Telefon 34 17 88

Jurisprudenz Nationalökonomie Architektur

neu und antiquarisch in reicher Auswahl
Buchhandlung und Antiquariat Raunhardt



Inhaber Gerhard Heinemann & Co.

Zürich 1, Kirchgasse 17
Tel. (01) 32 13 68
beim Grossmünster

Tea-Room »Vogelsang«

Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30
8006 Zürich

Für Studenten 10% günstiger essen mit
VOGELANG-SHECKS!

Wir empfehlen: Entrecôte, Pommes-frites, Salat, Fr. 6.—,
½ Poulet mit Salat Fr. 4.—.

Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs.

Wir freuen uns, Sie begrüßen zu dürfen
P. und M. Tibau-Betschart

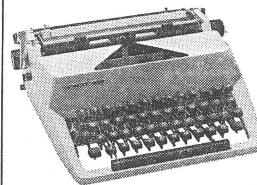


APOTHEKE OBERSTRASS ZÜRICH

Dr. Peter Eichenberger-Häfliiger
Universitätsstrasse 9 Telefon (01) 47 32 30

PHARMA TIP:

Grippe-Prophylaxe jetzt beginnen! Erkrankung bei geschwächter Resistenz wahrscheinlich, daher zu vermeiden: Erkältung; Erschöpfung durch übermässiges Arbeiten oder Festen; Mangelernährung. Medikamentöse Möglichkeiten: Schluckimpfung gegen Erkältungen; Polyvitaminpräparate oder Lebertrankepseln. Impfung nur bei besonderer Gefährdung.



Die ideale Portable...

... die FACIT 1620, weil sie Ihnen den gleichen Komfort wie eine grosse Büro-Schreibmaschine bietet! Schöne Schriften. Eleganter Tragkoffer.

Erhältlich durch die «Zentralstelle der Studentenschaft» und durch die SAB.



FACIT-
VERTRIEB AG
Löwenstrasse 11
8001 Zürich
Tel. 01/27 58 14

Verkauf auch durch die Fachgeschäfte

SIE SIND NICHT ALLEIN - ALLEIN
Auch andere sind allein. Viele sind es jetzt nicht mehr. Sie haben uns geschrieben. Sie fanden die richtigen Kontakte. Jetzt sind sie nicht mehr allein. Jetzt sind sie glücklich.
UND SIE?
Wie einfach das auch für Sie sein kann, erfahren Sie aus unseren Unterlagen, die wir Ihnen gerne kostenlos zustellen. Schreiben Sie uns heute noch.
begegnung 2000
Postfach 228, 8055 Zürich



.. jetzt aber es



Choco-Drink

Ihr Brillenspezialist
für Augenoptik
+ Kontaktlinsen



Welcho-Optik

Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 051/464044

gewährt Studenten

20% Rabatt

auf Brillen

10% Rabatt

auf Sonnenbrillen,
Feldstecher, Fernrohre,
Höhenmesser, Lupen
und Kompass

KONTAKTLINSEN

Studentenpreis
Fr. 380.- netto

Unigesetz: Die Stellungnahme des GStR

Am 9. November hat der GStR seine Stellungnahme zum Universitätsgesetzentwurf im universitätsinternen Vernehmlassungsverfahren zuhanden der Hochschulreformkommission verabschiedet. Der GStR konnte sich bei seiner Beschlussfassung nicht nur auf seine Stellungnahme vom Juli letzten Semesters, sondern vor allem auf die Resultate und erarbeiteten Alternativen des GStR-Seminars und ergänzender bzw. modifizierender KSIR-Anträge stützen. In den Arbeitsgruppen, die am GStR-Seminar die Stellungnahme des GStR vorbereiteten und auch vortrugen, war nicht nur das ganze politische Meinungsspektrum des GStR sowie des KSIR vertreten, sondern durch die Beteiligung von Fachschaften verschiedener Fakultäten vermochte man auch den unterschiedlichen studien- und ausbildungsorientierten Voraussetzungen gerecht zu werden. So wurde denn die parlamentarische Stellungnahme im GStR nicht von irgendwelchen (tagesbedingten) politischen Mehrheitsverhältnissen diktiert, sondern es wurden die in sachbezogenem Arbeitsprozess von einem Redaktionssteam und dem KSIR auf einen Nenner gebrachten Anträge und Formulierungen im grossen und ganzen angenommen.

Es soll hier nicht die Stellungnahme der Studentenschaft im Wortlaut wiedergegeben werden, sondern der Blick auf einige zentrale Punkte gelenkt werden, die nach erster Umschau von den professionellen Fakultätsstellungen kaum oder nur einseitig zur Sprache gebracht worden sind.

Grundsätzliche Kritik

Als einzige offizielle Vernehmlassung enthält die GStR-Stellungnahme eine einleitende Präambel, die grundsätzlich zum Vorgehen der Erziehungsdirektion, d. h. nicht nur universitätsgesetzlich, sondern auch in der Stellungnahme im Hinblick auf das kommende eidgenössische Hochschulgesetz die fehlende Koordination der Hochschulkantone und der Mangel an qualitativen Rechengrundlagen und vor allem das überleitete Vorgehen der Erziehungsdirektion aus einseitigen politisch-föderalistischen Interessen heraus.

Dem Dagegen, das ja das Universitätsgesetz aus dem Jahr 1859 ablösen soll, wird weder qualitativ dem Postulat der Einheit und Durchlässigkeit im gesamten Bildungssystem gerecht, noch bringt es die Voraussetzung eines einigermassen koordinierten und gleichzeitigen Reformvorgehens auf allen Bildungsebenen.

Obwohl eine solche generelle Kritik die Stellungnahme des GStR unter den genannten Gesichtspunkten nicht erwartet, der GStR, dass seine konkretisierten Forderungen nicht nur im universitären Vernehmlassungsverfahren berücksichtigt werden, sondern er kommt auch auf das Versprechen von Alt-Erziehungsdirektor König zurück, wonach die Studentenschaft sich der universitären Vernehmlassungspassiv aktiv in die weitere Ausarbeitung zum Unigesetz einbeziehen werden soll. (Auch in nichtstudienrechtlichen Kreisen der Hochschulreformkommission wird diese Forderung erhoben.)

Der Zweck und die Aufgabenbestimmung der Universität sind bereits im Bericht zum GStR-Seminar im letzten »SK« aufgeführt worden. Auf vier Hauptpostulate wird allerdings bereits in diesem ersten Teil der Stellungnahme noch zusätzlich Gewicht gelegt, nämlich:

- eine körperpersönliche Organisationsform (eine »rezeleorek« Formulierung für Autonomie);
- kooperative Beteiligung an Entscheidungs- (eine »ungewerkschaftliche« Formulierung für Mitbestimmung);
- Einheit von Lehre und Forschung sowie Lehr-, Lern- und Forschungsfreiheit.

Organisation und Kompetenzverteilung

Um Fragen der Mitbestimmung und der Autonomie, d. h. die Kompetenz-

Die Geschichte vom Berufsstopps

Fortsetzung von Seite 3

zustellen, unterbreitete die Erziehungsdirektion dem Regierungsrat einen Bericht, in welchem für 1972 und 1973 eine Quote von je 25 bis 30 neuen Lehrstellen (Ordinarien, Extraordinarien, Assistentenprofessoren) festgesetzt wird. Darunter fallen Neuwahlen und Beförderungen (ungefähr im Verhältnis 2 zu 1), von den Beförderungen jedoch nur diejenigen, welche von finanzieller Tragweite sind. Im Rahmen dieser Quote wird im erwähnten Bericht eine Prioritätsordnung für die Realisierung der bereits vorliegenden Wahl- und Beförderungsanträge vorgesehen. Erziehungsrat und Hochschulkommission haben diesem Bericht zugestimmt. Der Regierungsrat nahm davon an seiner Sitzung vom 11. Oktober 1972 in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Es versteht sich von selbst, dass eine solche Quote flexibel gehandhabt werden muss. Nicht alle Wahlen und Beförderungen haben die gleichen finanziellen Konsequenzen. Die Personal- und die Raumbedürfnisse sind von Fach zu Fach, ja von Person zu Person sehr unterschiedlich. Ferner wird die beim Ausbau des Lehrkörpers vor allem ins Gewicht fallende Frage der Schaffung neuer Institute und Seminare in jedem Einzelfall unterschiedlich wogen werden müssen. Angesichts der notwendigen Einschränkung wird bei allen Anträgen der Bedeutung der beantragten Wahl oder Beförderung für die Fortentwicklung der Universität besondere Beachtung zu schenken sein. An erster Stelle steht hier das Bestre-

ben, die Dozentenzahlen den wachsenden Studentenzahlen anzupassen. So wie nach dem erwähnten Beschluss des Regierungsrates wurden die nötigen Schritte zur Vornahme der in die erste Priorität eingestufteten Wahlen und Beförderungen eingeleitet und der »Berufs- und Beförderungsstopp« damit ganz aufgehoben.

Soweit die Geschichte des ominösen Stopps.

Fazit: Positiv ist zunächst einmal zu bewerten, dass offenbar bei der Schaffung neuer Lehrplätze an die Stelle des Rechts des gewiefteren Antragstellers objektivere Massstäbe treten sollten. Vorsichtig aufzunehmen ist die Aussage, dass an erster Stelle stehen das Bestreben, die Dozentenzahlen den wachsenden Studentenzahlen anzupassen. Nicht, dass das nicht geschehen soll, es müsste sogar mehr getan werden. Alle Ueberlegungen zum Studenten-Dozenten-Verhältnis kommen ja zum Schluss, dass dieses zur Zeit fast überall zu schlecht ist, um eine optimale Stoffvermittlung zu gewährleisten. Das blosses Halten des jetzigen Verhältnisses genügt also nicht. Wie bei einer im voraus festgelegten Quote von Neuberufen die Anpassung an die Studentenzahlen in der letzten Zeit überhaupt nicht auch nur annähernd richtig prognostiziert worden sind, möglich sein soll, erscheint überdies schleierhaft. Im übrigen können die Schlussabschnitte des Artikels über die Bauproblematik (»Kollaps unvermeidlich«) konsultiert werden.

mit der Regelung im Entwurf nicht gewährleistet und zum Teil (bewusst?) verhindert wird.

Als ein weiterer entscheidender Punkt in den Forderungen des GStR hat die Kompetenzverteilung zwischen den inner- und den ausseruniversitären Organen und die Zusammensetzung des Zwischenorgans, des Unirats, zu gelten. Der GStR ist seinem ursprünglichen Kuratoriumsvorschlag (siehe SP-Modell, erste GStR-Stellungnahme) als einem bloss beratenden Zwischenorgan von Uni und Öffentlichkeit abgekomen. Der Universitätsrat, dem nun diese Funktion zukommt, hat gewisse Entscheidungskompetenzen und zeichnet sich vor allem im Gegensatz zum Entwurf durch eine universitätsdominierte Zusammensetzung und ein eigenes Sekretariat aus.

Der Senat, der im Entwurf als blosses Antrags- und Vernehmlassungsorgan konzipiert worden ist, erhält Stattdessen die Kompetenzen, die konsequenterweise den Erlass sämtlicher gesamtuniversitärer Reglemente (z. B. Regulativ, Universitätsordnung). Die verstärkte Autonomie des Universitätsrats gegenüber dem Regierungsrat wird also in gesamtuniversitären Fragen vom Senat wahrgenommen, in fakultäts- und fachbezogenen vom Unirat, der praktisch durch seine Zusammensetzung (Rektor als Präsident) ein universitäres Organ mit starkem und repräsentativem Bezug der Öffentlichkeit wird.

Mitbestimmung im Kleinbereich

Dem Regierungsrat kommen nur mehr die Kompetenzen zu, die sich aus seiner Finanzgewalt und seiner Aufsichtsfunktion ableiten lassen.

Der GStR hat klare Alternativen zum Entwurf formuliert, wobei nur noch drei universitäre Gruppen als Kooperationsgruppen verstanden werden.

a) Vollamtliche Dozenten, b) übrige Lehrkräfte, c) Studenten. Im Entwurf werden die Dozenten in zwei Gruppen (Ordinarien und übrige Dozenten) aufgeteilt.

Im Senat ist ein Verhältnis 3:2:2 (Entwurf 2:1:1 entspr. 2:2:1)

Im SA ist das Verhältnis 3:2:2 (Entwurf 7:2:2 entspr. 7:4:2)

In der Fakultät 3:2:2 (Entwurf 5:1:1:1 entspr. 5:2:1)

und in den Instituten 1:1:1 (Entwurf zt. 5:1:1:1 (=5:2:1) oder gar keine Mitbestimmung vorgesehen).

Entscheidender Punkt also in den Postulaten des GStR: Die Mitbestimmung von Studenten und Studenten ist in den unteren Bereichen grösser (im Gegensatz zum Entwurf).

Die Stellung des Rektors weicht vor allem in zwei Punkten vom Entwurf ab: a) Beschränkung der Kompetenzen auf vor allem administrativ-exekutive Funktionen, d. h. Wegfallen der Kompetenzen in bezug auf die wirtschaftlichen und geschäftlichen Einheiten von Lehre und Forschung. b) Laufende Informationspflicht gegenüber dem Senatsausschuss, um die parlamentarische Kontrolle zu ermöglichen. Als entscheidender Punkt in der Mitbestimmung ist die Frage des GStR zu den Vertretern aller Gruppen ein Anrecht haben, in Kommissionen der Repräsentativorgane vertreten zu sein (vor allem ist dies wichtig im Hinblick auf Berufungskommissionen).

Ein besonders entscheidender Punkt ist die gesetzliche Verankerung der Studentenschaft als öffentlichrechtliche Zwangskörperschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Diese Organisationsform wird allerdings mit der Fixierung professioneller und vor allem parteipolitischer Neutralität im Gesetz verbunden. Der Entwurf gibt im Gegensatz zu dem Regierungsrat der Studentenschaft auf eigenem Ermessen in diesen Fragen zu entscheiden.

Die Rekursmöglichkeit als Verwaltungsgericht soll nicht nur in Disziplinarverfahren geschaffen werden, sondern bei Entscheidungen des Regierungsrates im Senat oder im Unirat aufsichtsermöglich werden, was unter Umständen auch eine Veränderung des Verwaltungsrechtsplegesetzes impliziert. Die Schlussfolgerung des GStR, der besonders nach dem letzten Regierungsratsentscheid zum Disziplinarrecht die Aktualität zukommt, besteht in der Delegation des Erlasses der Disziplinarordnung an die Universität.

Fazit: Die hauptsächlichsten Unterscheidungsmerkmale der GStR-Stellungnahme zum Entwurf lassen sich kurz zusammenfassen:

- Vermehrte Kompetenzen der Universität im Senat oder im Unirat
- Effektive und klarere Gliederung der Bereiche von Lehre und Forschung und ihrer Kompetenzen.
- Gesetzlich garantierte Mitbestimmung auf Institutivebene (Drittelparität).
- Rektorat vor allem beschränkt auf administrativ-exekutive Funktionen
- Fortwährende der Studentenschaft als Zwangskörperschaft im Gesetz.

Nachdem auch in der Assistentenstellungnahme diese fünf Hauptlinien grundsätzlich vorhanden sind, dürfte den Postulaten der Studentenschaft in der Synthese der offiziellen und andern Stellungnahmen zum Entwurf ein besonderes Gewicht zukommen, zumal der KSIR und die Assistentenschaft an der Subkommission der Hochschulreformkommission (verantwortlich für die Ausarbeitung der Anträge zuhanden des Senats) personell vertreten sind.

Miesmachers Mätzchen

Schon seit einigen Semestern hat der »SK« einen fleissigen Kolumnisten: Jürg Frischknecht, fleissig auch als Korrespondent der Basler »National-Zeitung« und des »Badener Tagblatts«. Frischknecht ist kein Freund des jetzigen KSIR. Das ist sein gutes Recht. Frischknecht war schon ein Gegner des jetzigen KSIR, bevor dieser im Frühling sein Amt antrat und seinen Kurs in Interviews (unter anderem mit Frischknecht) und in Verlautbarungen umschrieb. Auch Vorurteile zu pflegen ist jedermanns Recht.

Dabei kann sich Frischknecht nicht beklagen. Der KSIR hat ihm alle gewünschten Informationen, soweit sie überhaupt veröffentlicht werden dürfen, freimütig gegeben. Weil sich Frischknecht selbst sehr darum bemüht, auf dem laufenden zu bleiben, war er in der Regel sogar besser informiert als alle anderen Berichterstatter. Dennoch hat er verschiedentlich wider besseres Wissen Tatsachen gefälscht, unwahre Behauptungen aufgestellt. Jüngstes Beispiel: eine Kolumne über die Auseinandersetzung um die »Raumplanungskommission Universität im letzten »SK« (Nr. 5, November 1972) unter dem Titel »Fall Villard an der Uni, modifiziert in der »National-Zeitung« vom 20. November mit der Überschrift »Nur Farce!«

»Farner (Alt-KStR) wurde später zugunsten des neuen KStR-Mitglieds Hans-Henning Schrader zurückgezogen. Falsch. Die Kandidatur Farner wurde aufrechterhalten; Schrader wurde zusätzlich nominiert.

»Die zwei der Studentenschaft reservierten Sitze sind noch immer unbesetzt.« Falsch. Schrader ist vom Regierungsrat gewählt worden.

Notabene: Frischknecht wusste über die wirklichen Sachverhalte direkt vom KSIR Bescheid.

Es passt offenbar nicht in Frischknechts Weltbild, dass Leute verschiedener politischer Herkunft – wie im jetzigen KSIR – zur Zusammenarbeit finden können. Es ist nachgerade peinlich anzusehen, wie Frischknecht unablässig versucht, dem KSIR Uneinigkeit anzudichten. Sicher fällt es einem nicht gleichgeschalteten KStR nicht immer leicht, zu einem Beschluss zu kommen. Bisher hat der KSIR es jedoch immer geschafft, auf jedes Mitgliederstück in die gemeinsamen Entscheide. Eigent-

lich muss man einem Mann wie Frischknecht bedauern, den es nicht gelingt, neue Gegebenheiten zu begreifen, der in längst überholter Frontstellung sein einsames Schattenboxen weiterführt. So wird es denn weiterhin heissen: »Der uneinige KStR hat Mühe mit einem Entscheid (wie in der erwähnten »SK«-Spalte) und – nachdem dieser Entscheid eben doch gefallen war, dazu noch zugunsten von Frischknechts Gesinnungsfreunden –: »Nach langem Zögern hat sich die Mehrheit des uneinigigen KStR in einen Kompromiss geflüchtet (wie in der erwähnten NZ-Ausgabe). Nach all dem Gesagten ist es gewiss nicht überraschend, dass sich der uneinige KStR« auch hier einig war ...

Einigkeit

Der Kommentar des KStR zu meinen Kommentaren set hier nicht kommentiert. Den schwerwiegenden Vorwurf, ich hätte wertschätzend wider besseres Wissen Tatsachen gefälscht, weise ich jedoch entschieden zurück. Die beanstandeten Stellen habe ich nach bestem Wissen und Gewissen aufgrund von Informationen aus dem KSIR geschrieben.

Der Passus über Farner ist tatsächlich nicht präzise. Wie man auch im KSIR eintrifft, gebe er wohl das Fazit wieder, nicht aber den genauen Ablauf der Kontroverse zwischen Studenten und Behörden.

Schrader ist, wie im Erziehungsdepartement bestätigt wird, vom Regierungsrat noch nicht gewählt.

Ich verstehe, dass der KStR gegen aussen mehr Einigkeit demonstrieren will, als tatsächlich vorhanden ist. Meine Aufgabe lautet anders: die tatsächliche Konstellation innerhalb der studentischen Exekutive kritisch darzustellen. Laut Protokoll fasste lediglich die Mehrheit der KStR-Mitglieder (nämlich drei von fünf) den Beschluss in Sachen Raumplanungskommission.

Übrigens: Kurze Zeit bevor mich Informationsminister Gaupp im obigen Kommentar rügte, lobte mich KSIR-Präsident Rhonheimer mehr, als mir lieb ist. Preisfrage: Wie einig ist der Kleine Studenterrat? Jürg Frischknecht

Endlich gerettet?

Disziplinarordnung:

Eine »Frontstellung« zwischen Regierungsrat und Erziehungsrat wie nun in der Frage der neuen Disziplinarordnung der Universität – gibt es wohl nicht alle Tage:

- Der Erziehungsrat beschliesst die Disziplinarordnung in der von Studentenschaft und Senat gutgeheissenen Form (September).
- Der Regierungsrat verweigert ihr seine Genehmigung und weist sie zur Überarbeitung an den Erziehungsrat zurück (Oktober).
- Der Erziehungsrat beharrt in allen wichtigen Punkten auf seiner Meinung (21. November).

Nachdem im Laufe des Sommersemesters einige rechtliche Unzulänglichkeiten im Entwurf korrigiert worden waren, wurde er vom Senat am 9. Juni ohne Gegenstimme zuhanden der Oberbehörden verabschiedet. Dem waren einige Auseinandersetzungen vorausgegangen, die ein gewisser Kreis von Professoren die inhaltlichen Grundzüge des neuen Disziplinarrechts angriff.

Die Einwände des Regierungsrates:

- Er verlangt den dauernden Ausschluss von der Universität als schärfste Disziplinarstrafe. Nach dem Entwurf ist höchstens ein Ausschluss von sechs Semestern möglich.
- Er will die Disziplinarrekurskommission aus dem Instanzenweg beseitigen. Nach dem Entwurf steht sie als unabhängige Instanz zwischen dem inneruniversitären Disziplinarausschuss und den Oberbehörden (Erziehungsdirektion, Regierungsrat). Ihre ganz beson-

dere Stellung hat sie dadurch, dass nur der angeschuldigte Student einen Fall über sie hinaus an die Oberbehörden weiterziehen kann, nicht aber der Senatsausschuss als »anklagendes« Verwaltungsgremium.

Dafür liessen sich keinerlei überzeugende Gründe aufzuführen. Ein lebenslängliches Studienverbot als Quittung für ein disziplinarisches Vergehen ist in seiner Unangemessenheit schlechthin absurd. Auch mit der Streichung der Disziplinarrekurskommission kann der Regierungsrat, ohne das Gesetz zu missachten, nicht erreichen, was er will: die Möglichkeit, sämtliche Disziplinarfälle an sich zu ziehen. Das ist nämlich nach Paragraph 21 des zürcherischen Verwaltungsgerichtsplegesetzes ausgeschlossen, der bestimmt, dass nur zum Rekurs an eine Behörde berechtigt ist, wer in seinen Rechten betroffen wird. Davon kann aber nur beim angeschuldigten Studenten die Rede sein.

Offensichtlich ist der Regierungsrat auf eine ziemlich oberflächliche Weise auf seine Einwände gekommen. Schon deshalb bestand für den Erziehungsrat wenig Grund zum Nachgeben. Rektorat und Studentenschaft fanden sich wieder zur universitären Einheitsfront und gaben den Behörden zu verstehen, dass eine Veränderung des Entwurfs gemäss den Vorstellungen des Regierungsrats aus sachlichen Gründen nicht möglich und zudem wegen der unvermeidlichen folgenden Verschlechterung des universitären Klimas töricht wäre.

KStR

Audiovision in der Medizin: Bei uns können Sie dieses neue Kommunikationsmittel kennen lernen.

Hans Huber

Buchhandlung für Medizin und Psychologie

Zürich

Zölzweg 6 beim Schauspielhaus
Telefon 01-343830

Prenez la vie par le bon bout.



LES GAULOISES VOUS OFFRENT L'ARÔME INTÉGRAL DES EXCELLENTS TABACS DE FRANCE - NATUREL, DÉLECTABLE, PARFAIT! POUR LES VRAIS CONNAISSEURS!

L 71



FREIHOFFER
Buchhandlung
für
Medizin

Rämistrasse 37
Zürich 1
Tel. 47 92 22

Weisst Du, dass Dich der Druck von 220 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 740.— kostet!

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit! Auskunft und Beratung:

aku Foto-Druck
Agentur ZÜRICH

Institut für Tierernährung
an der ETH, Universitätsstr. 2
Tel. 32 62 11, intern 3273

**ARBEITS-PAUSE
KAFFEE-PAUSE**



70.127.1.14

Verlangen Sie

den Stellenanzeiger des Bundes mit den vielen interessanten Angeboten.



Die Stelle

Für eine Probenummer schreiben oder telefonieren Sie uns!

EIDG. PERSONALAMT
Stellennachweis
3003 Bern Telefon 031/615595

Auf Frühjahr 1973 ist bei uns eine Lehrstelle für

Sekundarlehrer oder Sekundarlehrerin

phil. II

neu zu besetzen.

Sie finden hier ein angenehmes Arbeitsklima in kollegialem Lehrerteam an bewährter, staatlich anerkannter Privatschule mit kleinen Klassen. Sehr gute Besoldung und Sozialleistungen. Ca. eine halbe Autostunde von Zürich.

Privatschule Schloss Kefikon
8546 Islikon-Kefikon
Telephon (054) 9 42 25

SCHULGEMEINDE RORSCHACH

Auf Beginn des Schuljahres 1973/74 (24. April) sind folgende Lehrstellen neu zu besetzen:

Sekundarlehrer sprachlich-historischer Richtung

an unserer städtischen Sekundarschule (14 Lehrstellen). Junges Lehrerteam. Verschiedene Fächerkombinationen möglich. Auskünfte über die Schulorganisation erteilt der Vorsteher von 11.15 bis 12 Uhr unter Telefon (071) 41 20 37.

Primarlehrer mit guten Italienisch- oder Spanischkenntnissen

an eine Übergangsklasse für fremdsprachige Schüler, die besonders sprachlich auf den Uebertritt in eine Normalklasse vorzubereiten sind. Maximal 18 Schüler im 3.—6. Schuljahr. Das Schulsekretariat, Telefon (071) 41 20 34, erteilt gerne weitere Auskünfte über diese Lehrstellen und über die Anstellungsverhältnisse, die einen Vergleich aushalten. Bewerber oder Bewerberinnen sind freundlich eingeladen, ihre Anmeldung mit den üblichen Angaben und Unterlagen dem Schulratspräsidenten, Dr. med. Hans Tobler, Kirchstrasse 26, 9400 Rorschach einzureichen.

STADI-SPORT

Josefstr. 59 8005 Zürich Tel. 01 44 14 88/89

Jetzt Josefstrasse 59, Nähe Limmatplatz/Langstrasse — Eines der grössten und schönsten Sportgeschäfte der Stadt Zürich.

In unseren neuen Lokalitäten werden wir Sie wie bis anhin fachmännisch und prompt bedienen. Dank den ausgedehnten Räumlichkeiten ist unsere Auswahl noch umfassender geworden. Kommen Sie unverbindlich vorbei und lassen Sie sich von unseren sportbegeisterten Verkäufern und Verkäuferinnen beraten.

SKI

Riesenauswahl in allen Marken: Atomic, Attenhofer, Authier, Blizzard, Dynamic, Elan, Erbacher, Fischer, Fritzmeier, Hart, Head, Kästle, Kneissl, Olin, Rebell, Rossignol, Schwendener, Streule, Vöstra usw.

Metall	ausgesuchte Qualitäten mit Profilkanten inkl. Super-Versicherung	ab Fr. 199.—
Kunststoff	Fiberglas mit Profilkante inkl. Super-Versicherung Fiberglas mit Profilkante und Alu-Oberkante inkl. Super-Versicherung	ab Fr. 160.— ab Fr. 218.—
Kurzski	(Miniski) 65—180 cm, in Holz, Metall oder Kunststoff inkl. Super-Versicherung	ab Fr. 76.—
Kinderski	verleimt, Stahlkanten, Spitzen- und Endenschutz, Oberkanten, Dauerbelag inkl. Sicherheitsbindung und Super-Versicherung	ab Fr. 69.—

NEU SUPER-VERSICHERUNG

Alle unsere Skis (auch Langlauf- und Kinderskis) sind gegen Bruch, Beschädigung und Diebstahl, inkl. Bindung, für 1 Jahr versichert. Ferner deckt diese Versicherung den Skifahrer gegen Haftpflichtansprüche bis Fr. 200 000.—. Bei Bruch eines oder beider Skis wird gratis und sofort ein Paar neue Skis ausgehändigt.

WICHTIG

Alle Sicherheitsbindungen werden auf Wunsch mit dem Testapparat BfU (Beratungsstelle für Unfallverhütung) geprüft und eingestellt.

LANGLAUF

In unserer Spezialabteilung für den Langläufer findet sowohl der Anfänger als auch der Köhner die richtige Ausrüstung: Wander-, Trainings- und Rennskis sowie Stöcke, Schuhe, Anzüge, Socken usw.

Donnerstag Abendverkauf

STADI-SPORT

Josefstr. 59 8005 Zürich Tel. 01 44 14 88/89